

Gemeinsam für die Grund- und Menschenrechte --

Gegen Berufsverbote

Im Jahre Berufsverbote --
wer ist betroffen?

In der Bundesrepublik sind Liberalität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die Berufungsverbotpraxis vor sechs Jahren verletzt, zog der Abbau demokratischer Rechte immer weitere Kreise.

Inzwischen wurden 1,3 Millionen Bürger vom Verfassungsschutz überprüft -- in rund 4000 Fällen wurden Berufsverbotsmaßnahmen verhängt (Anhörungsverzögerung oder Verweigerung der Einstellung, Entlassung usw.). Der Kreis der Betroffenen ist jedoch weit über das hinausgegangen.

● Betroffen sind mehr als zwei Millionen Bürger, deren Namen in den Kartellen des Verfassungsschutzes erfasst sind.

● Betroffen sind alle Gewerkschafter, deren Förderung nach Mitbestimmung in den Büchern der Verfassungswidrigkeit gebracht wird.

● Betroffen sind jene Kollegen, die in Betrieben von Privatdetekteien bespioniert werden und deren Chefs sich unverhohlen an der staatlichen Praxis der Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote orientieren.

● Betroffen sind alle Mitglieder der Parteien und demokratischen Organisationen, die vom Verfassungsschutz überwacht werden oder denen wegen ihrer unbequemen Politik mit dem Entzug der finanziellen Förderung gedroht wird (Jungdemokraten, Naturfreundejugend, Vereinigung demokratischer Juristen usw.).

● Betroffen sind Wissenschaftler, Lehrer, Journalisten, Künstler, Schriftsteller, die mit Schwierigkeiten rechnen müssen, wenn sie gesellschafts-

kritische Themen aufgreifen.

● Betroffen sind die Studenten, Schüler und ihre Vertretungen, denen das Recht bestritten wird, sich zu allgemeinen politischen Fragen zu äußern.

● Betroffen sind letztlich alle, die sich für den Ausbau demokratischer Rechte und gesellschaftlichen Fortschritt einsetzen.

Die Besorgnis wächst

Diese Tatsachen beunruhigen die demokratische Öffentlichkeit des In- und Auslandes seit Jahren. Hunderttausende haben in zahlreichen Aktionen ihren Protest dagegen erhoben, daß gesellschaftliches Alternativdenken als verfassungsfeindlich verteufelt wird. In jüngster Zeit hat diese Besorgnis erheblich zugenommen. In den letzten Monaten haben wir erlebt, wie unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung eine Hetzkampagne gegen kritische Intellektuelle, Studenten und Gewerkschafter entfacht wurde und wie dieses Klima benutzt wurde, um weitere Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen, die die demokratischen Rechte gefährden und aushöhlen. Wenn heute bereits wieder die Theaterstücke von weltweit geachteten Schriftstellern abgesetzt werden und kritische Fernsehsendungen nicht ausgestrahlt werden, ist höchste Wachsamkeit geboten.

Alle Kraft zum Schutz der Demokratie

Angesichts dieser Entwicklung in der Bundesrepublik ist es von besonderer Bedeutung, daß sich immer mehr Bürger unseres Landes zur Verteidigung der durch die Berufsverbotpolitik ver-

letzten Grund- und Menschenrechte zusammenschließen, daß sich immer mehr Bürger zur Wahrung ihrer demokratischen Rechte im gemeinsamen Kampf finden und trennende politische Auffassungen zurückstellen.

In einem Klima der Einschüchterung, Verdächtigung und Bespitzelung ist Solidarität die wichtigste Waffe der demokratischen Kräfte. Dabei ist jeder einzelne ebenso gefordert wie die Parteien, Organisationen und vor allem die Gewerkschaften.

Wie sieht die Praxis in NRW aus?

Regierung und Koalitionsparteien in NRW versuchen immer wieder den Eindruck zu erwecken, daß in unserem Bundesland ein Höchstmaß an Rechtsstaatlichkeit garantiert sei. Dazu ist festzustellen:

● In NRW werden Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote weiterhin betrieben und sind sogar verschärft worden.

● In NRW führt unverändert die Mitgliedschaft in einer legalen Partei, z. B. der DKP, zur Ablehnung eines Bewerbers, obwohl das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die „Vorläufigen Richtlinien“ des Landes dies nicht zulassen.

● In NRW ist die skandalöse Tatsache zu verzeichnen, daß Gerichte dem Land in zahlreichen Fällen Verfahrensfehler nachgewiesen haben und Berufsverbotsbescheide für rechtswidrig erklärt haben; aber das Land ist nach wie vor nicht bereit, die Betroffenen einzustellen.

● In NRW sollen nun auch Beamte auf Probe allein wegen ihrer Gesinnung entlassen werden -- eine erneute Ausweitung der Berufsverbote.

11. Februar 1978, Dortmund

Demonstration und Solidaritätsveranstaltung

Treffpunkt zur Demonstration:
Parkplatz am Südbad, 12.30 Uhr

in der großen Westfalenhalle, 15 Uhr. Mit Gästen aus Frankreich, Belgien und Holland
Großes Kulturprogramm mit u.a.:

Unkostenbeitrag: DM 3.--

Hannes Wader, Zupfgeigenhansel, Lutz Görner, Uschi Flacke

● In NRW ist neuerdings nicht einmal mehr die Ausbildung im Vorbereitungsdienst in jedem Falle gewährleistet – ein schwerer Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

● Gerade in NRW bleiben die staatlichen Berufsverbotspraktiken nicht ohne Wirkung auf den betrieblichen Bereich; Arbeiter und Angestellte werden von Detektiven bespitzelt, und insbesondere aktive Gewerkschafter sind wegen ihres sozial- und gesellschaftspolitischen Engagements von Entlassungen bedroht.

Der Widerstand gegen die Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte muß deshalb mit aller Kraft fortgesetzt werden.

Aus diesem Grunde rufen wir alle Bür-

ger in NRW auf, politische Differenzen zurückzustellen und gemeinsam am 11. Februar in Dortmund zu demonstrieren und anschließend in der Westfalenhalle an der Solidaritätskundgebung mit großem kulturellen Programm teilzunehmen.

Wir appellieren an die demokratische Öffentlichkeit,

– sich nicht von dem gemeinsamen Protest gegen die Berufsverbote, gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der Bundesrepublik abbringen zu lassen;

– nicht zuzulassen, daß im Namen der Freiheit demokratische Rechte abgebaut werden;

– der antikommunistischen Hysterie Widerstand entgegenzusetzen;
– überall zu fordern, daß der Ministerpräsidentenbeschluß, die neuen Grundsätze der Bundesregierung und die neuen Verfahrensrichtlinien der Bundesländer ersatzlos gestrichen werden;

– verstärkt zu verlangen, daß die ausgesprochenen Berufsverbote aufgehoben werden müssen;

– die Zusammenarbeit zum Schutz der Demokratie zu verstärken

– und keine Ruhe zu geben, solange noch ein einziges Berufsverbot in der BRD Grund- und Menschenrechte verletzt!

Wir fordern: Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb. Weg mit den Berufsverböten!

Koordinierungsausschuß der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote – für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte in Nordrhein-Westfalen; Arbeitsausschuß: Jürgen Aust, Rechtsanwalt, Duisburg; Fritz Dongmann, Betriebsrat, Duisburg; Andreas Drees, Professor, Bielefeld; Simon-Peter Gerlach, Pfarrer, Gelsenkirchen; Erich Kunold, Jugendleiter, Bochum; Juliane Kreuzmann, Studentin, Düsseldorf; Otto Meierling, Betriebsrat, Dortmund; Jochen Paul, Bochum; Wolfgang Papp, Professor, Siegen; Jochen von Rosenberg, Studienrat, Köln; Erich Roßmann, Journalist, Mettmann; Karl-Heinz Rüplich, Lehrer, Köln; Inge Sboany, Journalistin, Solingen; Wilfried Schmidt, Student, Münster; Ulrike Schröter, Lehrerin, Dortmund; Alfred Weischer, Betriebsrat, Dülmen.

Aachener Initiative gegen Berufsverbote

Komitee "Wahrung demokratischer Rechte im öffentlichen Dienst", Bielefeld

Bochumer Initiative "Weg mit den Berufsverböten"

Bonner Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote

Bürgerinitiative gegen Berufsverbote Coesfeld

Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote

Dürener Initiative "Verteidigt die Grundrechte"

Düsseldorfer Initiative gegen Berufsverbote

Initiative gegen Berufsverbote in Duisburg

Essener Komitee gegen Berufsverbote

Bürgerkomitee gegen Berufsverbote im Erftkreis

Bürgerinitiative "Rettet die Grundrechte" Eschweiler/Dürwiss

Gelsenkirchener Aktionskomitee gegen Berufsverbote

Initiative gegen die Berufsverbote Gütersloh

Hagener Initiative gegen Berufsverbote

Herner Bürgerinitiative "Weg mit den Berufsverböten"

Kölner Initiative gegen Berufsverbote

Leverkusener Initiative gegen Berufsverbote

Komitee zur Wahrung demokratischer Grundrechte Minden

Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote Moers/Rheinhausen

Münsteraner Initiativkreis gegen die Berufsverbote

Oberhausener Bürgerinitiative gegen Berufsverbote - Sichert die Grundrechte

Arbeitskreis für Menschenrechte und Grundfreiheiten in der BRD, Paderborn

Siegener Initiative gegen verfassungswidrige Berufsverbote

Wuppertaler Initiative gegen die Berufsverbote

Impressum:

Koordinierungsausschuß der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote – für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte in NRW.

c/o Erich Kunold, Karl-Wagner-Straße 46, Postfach 10 14 70, 4630 Bochum 5.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH.

Spenden arbeiten auf Sonderkonto Berufsverbote, Pfarrer Simon-Peter Gerlach, Gelsenkirchen, Bank für Gemeinwirtschaft Gelsenkirchen, Konto-Nr. 10 728 584.

Gemeinsam für die Grund- und Menschenrechte

Gegen Berufsverbote

Initiative „Weg mit den Berufsverboten“

- Arbeitsausschuß -

INGRID KURZ

Schanzenstraße 115

2000 Hamburg 6

Telefon 040 / 44 9888 (9 - 12 Uhr)

Konto: 14 9955 7700

Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg,

Ingrid Kurz

22. 12. 1977

Liebe Freunde und Kollegen,

die Aufgabe, ausreichende Information und Dokumentation von Berufsverbotsfällen, ihre Art, Umfang, Ablauf und den Widerstand dagegen, für die demokratische Öffentlichkeit des In- und Auslandes, für Initiativkreisveranstaltungen, Fachtagungen, Kongresse, etc. zu leisten, wird ständig schwieriger und komplexer. Ein wesentlicher Aspekt der Berufsverbote ist das Theorieverbot, das als Hintergrund der zunehmenden Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit auf verschiedensten Ebenen zu sehen ist.

Deshalb möchte der Arbeitsausschuß die Erstellung einer umfassenden Dokumentation über Berufs- und Disziplinierungsfälle im Hochschulbereich initiieren; denn seit 1973 ist dieser Bereich nicht mehr vollständig dokumentiert worden.

Dazu bedarf es aber der aktiven Mithilfe aller befreundeten Personen und Organisationen, die über den Hochschulbereich, bzw. über Berufsverbotsfälle Informationen und Materialien haben, denn die Informationen, Schriftstücke, Zeitungsausschnitte, Prozeßakten, etc., die bei uns in Hamburg eingehen, sind alles andere als lückelos und vollständig!

Was für diese Dokumentation gebraucht wird:

1. Dokumentationen, Flugblätter, etc. von örtlichen Initiativkreisen, Fachschaften, studentischen Organisationen, Gremien, Einzelpersonen (Professoren), Parteien, etc.
2. Anhörungsprotokolle
3. Prozeßakten, Schriftsätze, Briefwechsel zwischen Betroffenen und Verwaltung.
4. Berichte der örtlichen Presse zu einzelnen Fällen Fachbereichen, Hochschulen etc.
5. Stellungnahmen und Appelle von Hochschullehrern, Gremien, Asten etc. sowie der örtlichen GEW, ÖTV, BdWi, etc.
6. theoretische Manuskripte zur Bedrohung von Wissenschaftsfreiheit und Pluralismus

Inhaltlich stellen wir ab auf:

1. verweigerte Berufung von Hochschullehrern (Professoren, Dezentale)
2. verschleppte Berufungen
3. verweigerte Lehraufträge
4. Nicht-Einstellungen, Entlassungen von Tutoren, wissenschaft-

lichen Hilfskräften, nichtwissenschaftlichem Personal

5. Fälle von Disziplinierung aus politischen Gründen

6. - falls Ansatzpunkte vorhanden: Fälle von Selbstzensur!

Da von der Mitarbeit jeder der angeschriebenen Personen und Organisationen in jeder Stadt der BRD das Zustandekommen, der Erfolg und die Wirksamkeit der Dokumentation abhängen, und wir Euch ja mit der Zusammenstellung und Strukturierung der Informationen Eure eigene Arbeit wiederum zu erleichtern hoffen, brauchen wir wahrscheinlich nicht allzu eindringlich appellieren, alles zur Verfügung stehende Material zur politischen Situation in Hochschulen und Wissenschaft baldmöglichst an uns zu senden.

Da wir die Aufarbeitung noch in etwa um den Jahrestag des Ministerpräsidenten-Beschlusses leisten wollen, wäre der späteste Zustellungs-termin der 15. 1. 1978.

Mit vielem Dank im voraus und den besten Wünschen für eine erfolgreiche Arbeit 1978!

gez. Gudrun Luthringhausen

gez. Horst Bethge